

# Arbeitskreis Sicherheitspolitik in der SPD Berlin



Der Vorstand

Berlin, 07.03.2017

## Innere Sicherheit – Domäne der SPD

Entwicklung einer Position der SPD  
zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer, sozialer und föderaler Bundesstaat.

Innere Sicherheit als Teil der Daseinsvorsorge wird daher durch den Bund und die sechzehn Bundesländer gewährleistet.

Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols im Inneren ist die Polizei. Allerdings sind Situationen vorstellbar, in denen, neben der Polizei, auch die Streitkräfte im Inland eingesetzt werden können. Ausgehend von den historischen Erfahrungen in der jüngeren Geschichte Deutschlands haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes dem Einsatz von Streitkräften im Grundgesetz sehr enge Grenzen gesetzt.

Im Inland können Streitkräfte im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes tätig werden. Solche Maßnahmen sind auf technisch-logistische Unterstützung – unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Einsatz – beschränkt.<sup>1</sup> Dies geschieht aktuell im Rahmen der Flüchtlingshilfe. Auch nach Artikel 35 Absatz 2, Satz 2 und Absatz 3 des Grundgesetzes ist der Einsatz der Streitkräfte im Inneren möglich. Die eindrucksvolle Unterstützung unserer Soldatinnen und Soldaten während der verheerenden Hochwasser 1997 an der Oder, 2002 an Oder und Elbe oder 2013 an der Elbe sind den Bürgerinnen und Bürgern noch im Gedächtnis. Unsere Bundeswehr hat sich dadurch ein hohes Maß an Achtung und Anerkennung erworben und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die SPD unterstützt in diesem Zusammenhang auch die Bemühungen, im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge in unserem Land, Übungen zwischen der Bundeswehr und Landesbehörden zu planen und künftig zu etablieren. Es ist von großer Bedeutung, dass Bundeswehr, Polizei, THW, Deutsches Rotes Kreuz und die vielen anderen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gemeinsam üben und die Zusammenarbeit ausbauen, um somit im Ernstfall auf eingespielte Verfahren und Prozeduren zurückgreifen zu können.

Abseits dessen steht die SPD einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Rahmen einer sogenannten „terroristischen Großlage“ distanziert

### VORSTAND

Lucas Koppehl (Sprecher)  
Simone Peuten (Sprecherin)  
Björn Hawlitschka  
(Geschäftsführer)  
Beisitzer:  
Fritz Felgentreu MdB  
Mathias Kunz  
Yvonne Mockenhaupt  
Dierk Spreen  
Michael Summerer  
Oliver Teige

### KONTAKT

Mail: [ak-sipo@spd.berlin](mailto:ak-sipo@spd.berlin)  
Web:  
[www.spd.berlin/AK\\_Sicherheitspolitik](http://www.spd.berlin/AK_Sicherheitspolitik)

### FACEBOOK

[www.facebook.com/aksipo](http://www.facebook.com/aksipo)

---

<sup>1</sup> Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, BMVg, Berlin 2016, S. 110.

gegenüber. Das Grundgesetz (Artikel 91 Absatz 2) lässt zwar auch hier den Einsatz von Streitkräften zu, wenn bei einer drohenden Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Bundes oder eines Landes die Kräfte der Polizei eines oder mehrerer Bundesländer nicht mehr ausreichen. Gleichwohl ist eine solche Maßnahme die Ultima Ratio. Die SPD sieht die Kräfte der Polizei und die der Bundespolizei in allen sechzehn Bundesländern gegenwärtig in der Lage, im Falle eines terroristischen Angriffes auf Bürgerinnen und Bürger, Infrastrukturen – auch kritische Infrastrukturen – und Objekte und Einrichtungen in gewohnt souveräner Art und Weise zu handeln und die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und im Bedarfsfalle wiederherzustellen. Wo die Kräfte der Polizeien auf Länder- sowie Bundesebene Schwächen aufweisen, gilt es diese zu stärken. Einem aufgrund von Dauereinsätzen stark geforderten Personalkörper einen weiteren ebenfalls durch Einsatzrotationen beanspruchten Personalkörper zur Seite zu stellen, ist keine Hilfe, löst kein Problem, sondern stellt lediglich Flickschusterei dar.

Die SPD tritt vielmehr dafür ein, Polizei und Bundeswehr gemäß ihrem jeweiligen inneren bzw. äußeren Auftrag angemessen mit Personal und Material auszustatten.

Der Personalkörper der Bundeswehr würde im Falle eines Einsatzes im Inneren, selbst wenn dieser sich auf Großstädte in Deutschland oberhalb 500.000 Einwohnern beschränkte, hoffnungslos überdehnt. Taktische Aufklärung und Führungsverfahren sind, was Herangehens- und Arbeitsweisen angeht – von der technischen Kompatibilität zu schweigen – gegenwärtig nicht mit denen der (Bundes-)Polizei vernetzbar.

Um in einem zumeist urbanen Umfeld gegen Einzeltäter oder Tätergruppen zu ermitteln oder zu kämpfen, wird zudem spezielle Ausrüstung und Ausbildung benötigt. Über diese verfügen unsere Streitkräfte nicht, beziehungsweise nur in sehr eingeschränktem Maße. Gepanzertes Großgerät und Bewaffnung, die häufig auf mittlere und längere Distanzen eingesetzt werden, führen in urbanem Gelände mit einer sehr ausdifferenzierten Infrastruktur nicht zum gewünschten Erfolg. Soldatinnen und Soldaten, die zur vermeintlichen Abschreckung in Straßen, auf Plätzen und z.B. an verkehrsinfrastrukturellen Punkten Streife laufen, tragen subjektiv sicherlich zu einer Steigerung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger bei. Objektiv können sie im Falle eines terroristischen Anschlages kaum etwas ausrichten.

Die Bundeswehr verfügt - abseits der Fähigkeit zur ABC-Abwehr - über keine Fähigkeit, die sie gegenüber der Polizei als Alleinstellungsmerkmal für einen Einsatz im Inneren prädestiniert. Zudem stehen viele der Spezialfähigkeiten durch Standortschließungen und der Auflösung von Verbänden im Katastrophenfall nicht unmittelbar am Ort des Geschehens zur Verfügung. Ein Rückgriff auf die Fähigkeiten und Kapazitäten des Sanitätswesens bleibt hiervon unberührt. Sie sind im Bedarfsfalle zum Einsatz zu bringen, um z.B. bei einem Massenansturm von Verwundeten die zivilen Rettungsdienste zu unterstützen und zu entlasten.

Die SPD ist sich bewusst, dass sich die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit im Zeitalter der hybriden Bedrohungen immer weiter auflösen. Eine trennscharfe Unterscheidung ist häufig nur schwierig zu ziehen. Gleichwohl verweigert sich die SPD allen Bestrebungen, die Trennung des Gewaltmonopols in Bezug auf innere Sicherheit weiter auszuhöhlen oder gar aufzulösen. Abseits berechtigter Hinweise auf historische Erfahrungen sind für uns die aktuellen Befunde und Erfahrungen unserer Alliierten und Bündnispartner, aber auch eigene Erfahrungen, z. B. aus dem Amoklauf in München Mitte Juli 2016, richtungsweisend. Sinnvollen Kooperationen, wie zum Beispiel der Hinzuziehung von Polizisten bei Aufbau- oder Stabilisierungsmissionen im Ausland, wird sich die SPD auch in Zukunft nicht verschließen.

Folglich steht die SPD für die Trennung des Gewaltmonopols in innere und äußere Sicherheit. Dort, wo begründeter Handlungsbedarf besteht, ist schnell zu handeln. Bundespolizei und Polizeien der Länder sind im Bereich der Spezialkräfte besser und moderner auszustatten. Ausrüstung und Bewaffnung müssen der Bedrohungslage, z.B. einer terroristischen Bedrohungslage, stärker und nachhaltiger angepasst werden. Spezialkräfte müssen hochmobil und damit verlegfähig werden. Auch die Schutzpolizei in den Bundesländern muss bundesweit kompatibel sein. Ausrüstung und Verfahren müssen standardisiert werden.

Das Spektrum der Sicherheitsmittel ist umfassender als bisher anzuwenden. Unsere Sicherheit ist nicht nur Sache der Polizei, sondern beginnt mit der Zusammenarbeit und Vernetzung aller an Sicherheit interessierten Akteure. So ist etwa die Beleuchtung von Bahnunterführungen bereits sicherheitsrelevant, aber nicht Sache der Polizei, sondern der Deutschen Bahn. Ein sicheres Land resultiert nicht einfach aus mehr Polizei, vielmehr sind soziale Sicherheit, Prävention, Vernetzung, Sozialarbeit und Resozialisierungsbemühungen ebenfalls zu stärken. Bestehende Durchsetzungslücken in den Bereichen Gewalt- und Wirtschaftskriminalität sowie Organisierter Kriminalität (OK) sind zügig und effizient zu schließen.

Die SPD steht zu unseren Soldatinnen und Soldaten. Sie erkennt ihre Leistungen und Verdienste bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Inland uneingeschränkt an. Einsätze wie in den genannten Beispielen werden immer die uneingeschränkte Unterstützung der Sozialdemokratie erfahren.

Die SPD unterstützt einen zeitgemäßen vernetzten Ansatz – im In- und Ausland. Sicherheit und Stabilität des internationalen Umfelds tragen immer zur nationalen, gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge bei. Sicherheit wird für uns nicht allein durch Waffen gewährleistet, ist jedoch ohne das bewaffnete staatliche Gewaltmonopol nicht vorstellbar.